

Offene Fragen der Geschichte Band 6

Chronik von 1944 bis 1945

"Operation Walküre",
Morgenthau-Plan,
Hitlers Vernichtungsstrategie,
Fluchtkatastrophen 1944/1945,
Stalins Liquidationspolitik,
US-Direktive JCS 1067,
"Wilde Austreibungen" der Deutschen,
Potsdamer Abkommen,
Hiroshima und Nagasaki,
Polonisierung Ostdeutschlands ...

Band 6/032

Chronik vom 22. Dezember 1945 bis zum 31. Dezember 1945

22.12.1945

WBZ: Die britische Militärregierung beschlagnahmt am 22. Dezember 1945 alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verlassen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und werden von den Alliierten übernommen (Reparationen).

Ungarn: Die Nationalregierung beschließt am 22. Dezember 1945 eine Aussiedlungsverordnung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland (x008/91E-93E): >>**Die Aussiedlungsverordnung.**

Verordnung Nr. 12330/1945 ... über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland.

Das Ministerium ordnet bezüglich der Durchführung des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland auf Grund des Ermächtigungsgesetzes XI: 1945 § 15 folgendes an:

§ 1

Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsbürger verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.

§ 2

1) Die Vorschrift des § 1 bezieht sich nicht auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr schon vor dem 15. Dezember 1945 vollendet haben.

2) Die Vorschrift des § 1 findet keine Anwendung auf denjenigen, der ein aktives Mitglied einer demokratischen Partei oder wenigstens seit 1940 Mitglied einer in den Verband des Gewerkschaftsrates gehörenden Gewerkschaft war.

3) Die Vorschrift des § 1 findet auch auf diejenigen keine Anwendung, die sich zwar zur deutschen Muttersprache, aber zum ungarischen Volkstum bekannt haben, wenn sie glaubhaft nachweisen, daß sie wegen ihrer nationalen Treue zum Ungartum Verfolgungen erlitten haben.

4) Die in den Absätzen (2) und (3) geregelte Befreiung erstreckt sich auf die Ehefrau (Witwe), auf die minderjährigen Kinder (minderjährige Waisen) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern).

5) Die Befreiungen gemäß den Absätzen (2) und (3) finden keine Anwendung auf diejenigen, die ihren madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließen oder Mitglieder des Volksbundes oder irgendeiner faschistischen Organisation bzw. militärischen Formation waren.

6) In Fragen der Befreiung entscheidet die von dem Innenminister entsandte Kommission - unter Ausschluß der Rechtsmittel - endgültig.

§ 3

1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der Umsiedlungspflichtigen Personen ist - ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- oder Ausland aufhalten - vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an als beschlagnahmt zu betrachten, der Eigentümer (Besitzer) kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer (Besitzer) kann aus den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechenden Mengen verbrauchen.

2) Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren. Das zur Erstellung des Inventars und zur Verwahrung der in das Inventar aufgenommenen Gegenstände erforderliche Fachpersonal wird von den zuständigen Ministern zur Verfügung gestellt.

3) Der Innenminister bestimmt, welche beweglichen Güter der Umsiedlungspflichtige mit sich nehmen kann.

4) Ein Verstoß gegen die in Absatz (1) enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände stellt ein Verbrechen dar und wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 4

1) Die Umsiedlungspflichtigen Personen (§ 1) sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen. In ein besonderes Namensverzeichnis sind diejenigen aufzunehmen, die anlässlich der Registrierung von ihrem Wohnort abwesend waren.

2) Gesondert zu registrieren und in ein Namensverzeichnis aufzunehmen sind diejenigen, die - gemäß § 2 - von der Umsiedlungspflicht nicht betroffen werden.

3) Jede Behörde ist verpflichtet, die sich in ihrem Bezirk befindlichen und für den Zweck der Registrierung erforderlichen Angaben dem Gemeindevorstand zur Verfügung zu stellen.

§ 5

1) Das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen ist an der Mitteilungstafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen.

2) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen können ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. Eine solche Genehmigung kann nur ausnahmsweise in begründeten Fällen erteilt werden.

3) Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrer Umsiedlung in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren), ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen aber ist einzuziehen.

4) Der Innenminister kann in Gemeinden, in denen dies im Interesse einer ungestörten Ab-

wicklung der Umsiedlung notwendig erscheint, besondere Verkehrsbeschränkungen erlassen.

§ 6

1) Zur Lenkung und Überwachung der Durchführung der Umsiedlung kann der Innenminister Ministerbeauftragte entsenden.

2) Die vom Ministerbeauftragten, im Zusammenhang mit der Umsiedlung erlassenen Verfügungen, müssen von jeder Verwaltungsbehörde und Dienststelle unverzüglich durchgeführt werden. Der Ministerbeauftragte verfügt über die bei der Durchführung erforderlichen Sicherungskräfte.

§ 7

1) Die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Einzelvorschriften erläßt - im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern - der Innenminister.

2) Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft, für ihre Durchführung sorgt der Innenminister.

Budapest, den 22. Dezember 1945

Tildy Zoltán

Ministerpräsident ...<<

Frankreich: Bei der Reparationskonferenz in Paris wird am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollen (x111/115-116):

>>Vereinigte Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,

Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,

Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,

Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,

Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,

Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,

Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,

Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,

Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,

Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.

Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet werden).

Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestehen).<<

24.12.1945

SBZ: Der 15jährige Kurt N. berichtet über Heiligabend 1945 im sowjetischen Lager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/58-61): >>Der Winter rückte heran, Weihnachten kam näher, die Stimmung sank. Der erste Winter brachte Kälte und Finsternis in die Unterkünfte.

Holz war knapp. Mit Glühbirnen mußte sorgsam umgegangen werden. Wir saßen herum oder hielten uns in Bewegung, beschäftigten uns irgendwie und froren dabei, redeten vom Essen und erzählten von Zuhause. Noch immer glaubten wir daran, daß die Sorgen unserer Mütter um ihre verschwundenen Söhne keine Ewigkeit dauern würde.

Früh warteten wir in Gruppen auf Brot, das, in einer Decke getragen, nach dem Zählappell zugewise geholt werden mußte und nicht selten von Ratten angefressen war. Das Teilen kam einer Zeremonie gleich. 6 Mann teilten sich ein Brot. Einzige gewohnte Beigabe war neben Kaffee ein Löffel Zucker, überwiegend von der ungereinigten, braunen Qualität. ...

Mittags holten Essenholer jeden Zuges einen Kübel Grützsuppe, die vom Essenausgeber, meist dem Zugführer, verteilt wurde. Abends wurde nochmals Suppe verteilt, die genau so dünn wie mittags war. Die in der Suppe gefundene Grütze entsprach selten mehr als 2 Löffel je Schlag.

Ein Fleischstück war die Ausnahme, Fettaugen konnte man zählen. Kartoffeln waren kaum

drin. Niemand von uns hatte eine Möglichkeit zur Beschaffung zusätzlichen Essens. ... Jugendliche wurden grundsätzlich nicht den Arbeitskommandos zugeteilt, die innerhalb des Lagers zur Aufrechterhaltung der einfachsten Lebensvoraussetzungen erforderlich waren ...

Eine Flucht war völlig ausgeschlossen. Uns trennten hoher Stacheldraht und ein mindestens 2 Meter hoher, dicht gefügter Bretterzaun von der Außenwelt. Von letzterem wußten wir, daß er noch mindestens einen halben Meter tief in die Erde eingelassen war.

Der Abstand zwischen den Wachtürmen am Zaun entlang war, unserer "Gefährlichkeit" entsprechend sehr dicht. 4 Stunden hatten die Posten hinter dem MG jeweils Dienst und richteten ihren grimmigen Blick auf das Lager. In den frostigen Nächten hörten wir ihre Stiefel auf dem Holz, wenn sie versuchten, die Füße warmzuhalten.

Durch den anhaltenden Hunger und die einseitige Ernährung hatten wir schon im ersten Winter Erscheinungen von Vitamin- und Eiweißmangel. Wir bekamen Wasser – zuerst in den Beinen – und Skorbut, litten unter Furunkeln, Krätze und maßlos viel Eiter. Meine Haut war schuppig, das Zahnfleisch blau, die Zähne wurden locker, die Haare dünn und die Fingernägel weich. Alle diese Hungerfolgen prägten sich insbesondere bei uns Jugendlichen stark aus und zeigten sich in dieser Form weniger auf der Haut der älteren Häftlinge, bei denen Gürtelrose, Bartflechte und ähnliches dominierten. ...

Unser erstes Lagerweihnachten ging undramatisch vorbei. Es wurde zu einer wirklich stillen Nacht, weil Gesang verboten war und auch niemand Lust zu einem Weihnachtslied verspürte. Wir nahmen unsere Lage hin und hofften auf baldige Entlassung. Schmerzlicher war Weihnachten für die Männer, die Frauen und Kinder zu Hause hatten. ...<<

Berlin: Die satirische Zeitschrift "Ulenspiegel" erscheint am 24. Dezember 1945 erstmalig mit nordamerikanischer Lizenz.

UdSSR: Deutsche Kriegsgefangene berichten später über Heiligabend 1945 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/332-333): >>... Wir starrten trübselig durch die Fenster auf die Lichter und lagen bald auf den harten Pritschen. Jeder hatte Angst, es könnte einer zu singen anfangen

...

In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...

Und dann kam also das Essen, von dem wir wochenlang vorher gesprochen hatten: Am Weihnachtstag gab es Pellkartoffeln und Hering. Diese Pellkartoffeln bestanden aus fünf winzigen halbverfaulten kleinen Kartoffelchen und einem halben, ganz verfaulten Hering. Und die Enttäuschung, na, also wirklich riesig.

Und dann haben wir versucht zu singen, Stille Nacht, heilige Nacht, was natürlich nicht funktionierte, weil einigen Leuten die Tränen in die Augen kamen. Und dann mußte ich aufstehen, weil mir ganz übel war. Und dann passierte das für einen Kriegsgefangenen schrecklichste. Ich mußte diesen Hering und diese Kartoffeln wieder von mir geben, diese wertvollen Kalorien; und das ist eine Katastrophe.<<

Vatikan: Papst Pius XII. fordert die Siegermächte am 24. Dezember 1945 auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<

Papst Pius XII. kritisiert ferner kollektive Strafuweisungen (x025/157): >>... Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.

Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß

ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

27.12.1945

WBZ: Die US-Militärzeitschrift "ARMY TALKS" veröffentlicht am 27. Dezember 1945 Verhaltensregeln für nordamerikanische Soldaten (x124/81-82): >>... Sei mißtrauisch gegen jedermann. Prüfe sorgfältig, was sie dir erzählen. Äußere nichts Abfälliges über die USA, die Armee, unsere Verbündeten.

Melde sofort verdächtige Nazis oder Verstöße gegen Befehle der Militärregierung und Anordnungen lokaler Behörden. ...

Verhalte dich immer wie ein guter Soldat. Achte auf deine Uniform und benimm dich ordentlich in der Öffentlichkeit. Vergiß nie, daß du als Eroberer hier bist und nicht als Befreier.

Entlarve die Lügen, an die Deutsche mit ihrer Nazi-Schulung unbewußt glauben. Und vergiß nie ihre schlechten Eigenschaften, wenn du ihre guten bewunderst.

Wirb für die Demokratie, wann immer sich Gelegenheit bietet. Wenn du in ein Fräulein verliebt bist, dann verkaufe dich nicht ihretwegen an Deutschland.

Sei höflich aber kurz angebunden mit Deutschen. Alle Deutschen sind Schuld am Kriege. ...<<

28.12.1945

WBZ: Die britische Militärregierung veröffentlicht am 28. Dezember 1945 die Erziehungs-kontrollanweisung Nr. 35 (x117/91): >>1. Um die Unterernährung schulpflichtiger Kinder in der britischen Zone zu bekämpfen, sind die in Absatz 2 aufgeführten Maßnahmen sofort zu ergreifen.

2. a. In allen Gebieten, wo ernsthafte Unterernährung herrscht, haben die deutschen Erziehungsbehörden Schulmahlzeiten zu organisieren, wobei nach Möglichkeit markenfreie Nahrungsmittel zur Verwendung gelangen sollen. Sollten diese nicht vorhanden, oder nur in ungenügender Menge erhältlich sein, so wird ein Minimum rationierter Nahrungsmittel ausgegeben werden, für die die Kinder Marken abliefern müssen.

b. Deutsche Schulärzte sind für die Auswahl der Kinder verantwortlich, die solcher Mahlzeiten am dringendsten bedürfen. ...<<

30.12.1945

Frankreich: Die AFP-Nachrichtenagentur veröffentlicht am 30. Dezember 1945 erstmalig amtliche Zahlen über die französischen Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges (x043/-119): >>... Danach beträgt die Zahl der Kriegesopfer 500.000, und zwar 200.000 Soldaten, von denen 150.000 im Kampfe gefallen sind, und 50.000 in den deutschen Kriegsgefangenenlagern gestorbene Militärpersonen.

160.000 Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder, von denen 30.000 zwischen dem 10. Mai und 25. Juni 1940 getötet wurden, 40.000 Füsilierte (standrechtlich Erschossene) und 90.000 Zivilopfer bei den (militärischen) Operationen, die nach dem 25. Juni 1940 stattfanden.

Von den 90.000 zivilen Opfern haben 80.000 während der 6 ersten Monate des Jahres 1944 in der Normandie den Tod gefunden.

Dazu kommen noch 97.000 französische Juden und 43.000 andere Franzosen, die nach Deutschland deportiert und in den Gaskammern getötet wurden.<<

31.12.1945

Ostdeutschland: Obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuten, bleibt die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen haben sich bis zu diesem Zeitpunkt in Ostdeutschland niedergelassen (x001/118E-119E).

WBZ: Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) berichtet am 31. Dezember 1945 in seinen "Leitsätzen über unsere politische Lage" (x111/118): >>Unbestreitbar hat sich der

Nationalismus des 19. Jahrhunderts im 20. gleichsam selbst überschlagen, in den beiden Weltkriegern sozusagen ad absurdum geführt.

Aber wer nun mit überlegener Miene vom "Zeitalter des Nationalismus" als einer längst abgetanen Sache und vom Kommen einer neuen Epoche des Europäismus oder auch des Weltbürgertums spricht, der hüte sich, daß er nicht in den alten deutschen Fehler vorschnellen Konstruierens welthistorischer Perspektiven ver falle. ...<<

Die "Frankfurter Rundschau" veröffentlicht am 31. Dezember 1945 ein Zitat des deutschen Dichters Friedrich Hebbel aus dem Jahre 1848 (x111/118): >>... Es kommt zuweilen, wie für den einzelnen Menschen, so für ein ganzes Volk ein Moment, wo es über sich selbst Gericht hält. Es wird ihm nämlich Gelegenheit gegeben, die Vergangenheit zu reparieren und sich der alten Sünden abzutun. Dann steht aber die Nemesis (griechische Göttin der Vergeltung) ihm zur linken Seite und wehe ihm, wenn es nun nicht den rechten Weg einschlägt.

So steht es jetzt mit Deutschland.<<

Der deutsche Schriftsteller Peter D. Mendelssohn (1908-1982) berichtet am 31. Dezember 1945 über die Angeklagten des Nürnberger Prozesses (x111/118): >>... Da sitzen sie. Alle zwanzig. In zwei Reihen zu je zehn. Auf harten, hölzernen Bänken. Recht dicht zusammengebündelt. Nicht viel Platz, um die Ellbogen zu rühren.

Das riesige, über alle Ränder fließende Großdeutsche Reich ist zu einem recht engen kleinen Kasten zusammengeschrumpft. Seine tausendjährige Dauer ist zusammengeschnurrt auf noch ein paar Wochen oder Monate, nicht mehr. Eine Handvoll Kerls.<<

Der Kabarettist Werner Finck erklärt damals während einer Silvesterrede (x111/118): >>Können wir Deutschen diesem 45. Produkt des 20. Jahrhunderts eine Träne nachweinen?

Nein, denn wir haben keine mehr. ...<<

Rumänien: Bis Ende Dezember 1945 verlieren die Volksdeutschen fast ausnahmslos ihr Ackerland, ihr Vieh und ihre Gerätschaften. In vielen Dörfern hat man die Deutschen kurzerhand aus ihren Häusern verdrängt und in die am Ortsrand gelegenen Zigeunerhütten umgesiedelt (x007/90E).

Dezember 1945

SBZ: Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ) kritisiert im Dezember 1945 vor dem SPD/KPD-Ausschuß, der die Verschmelzung der beiden Parteien vorbereiten soll, die Bevorzugung der KPD durch die Sowjets (x128/198-199): >>1. Die KPD erfährt durch die sowjetische Besatzungsmacht eine wesentlich weitergehende und nachdrücklichere Förderung als die SPD. Das drückt sich aus in einer schnelleren und weitergehenden tatsächlichen Hilfsbereitschaft und Erleichterung beim organisatorischen Aufbau der KPD, ihrer Presse und sonstigen Publikationen.

Das äußert sich vor allem auch in der Einräumung eines wesentlich stärkeren zahlenmäßigen sonstigen Einflusses der KPD in allen Organen der sowjetischen Besatzungszone, wie z.B. in den Zentralverwaltungen, den Länder- und Provinzialverwaltungen, den Kreisen und Gemeinden.

2. Die KPD handelt vielfach nicht im Geiste der von ihr selbst bekundeten demokratischen Grundsätze und der vereinbarten Zusammenarbeit. Es mehren sich die Zeugnisse eines undemokratischen Drucks auf Sozialdemokraten.

3. Durch die unter 1 und 2 festgestellten Abweichungen vom Geist und Buchstaben der Bekundungen der KPD und der gemeinsamen Vereinbarungen ist vorhaltslose Bereitschaft großer Teile der Funktionäre und Anhänger der SPD einem zunehmenden Zweifel an der Ehrlichkeit des Bekenntnisses der KPD zur Demokratie und des Willens zur Zusammenarbeit und zur Einheit ohne betonten Führungsanspruch der KPD gewichen. ...<<

WBZ: In den westdeutschen Besatzungszonen sind im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % leiden an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder haben aufge-

dunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstehen durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.

Ein Zeitzeuge berichtet damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...

Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<

Die britische Erziehungskontrollanweisung Nr. 34 berichtet über den Schulunterricht in Westdeutschland (x117/72): >>... Eine Anzahl von Grundschulkindern einschließlich der Kinder, die darauf warten, auf die höhere Schule zu gehen, erhalten noch immer keinen Schulunterricht. ...<<

USA: Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlauben, verbieten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt sind, schlagen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.

Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot verbietet US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kommen, an die deutsche Bevölkerung.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.

Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

1945

Berlin: Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz (1923-1986) schreibt später über das Jahr 1945 in Ost-Berlin (x067/223): >>War das Jahr 1945 schon das Jahr des Anfangs, das Jahr der Erlösung? ... Die Millionen Toten des Krieges waren noch nicht addiert. Das Land war verwü-

stet, die Städte zerstört, die große Flucht hatte eingesetzt. Die moralische Katastrophe drang kaum schon durch das Elend ins Bewußtsein der Deutschen. Die Lügen der Nazis, die Perversität ihrer Verbrechen waren vom Schmerz verschüttet, der kaum eine Familie ausgelassen hatte. Die Zukunft hatte keine Konturen ...

... Schon Mitte Mai wurden die Schulen wieder eröffnet und Russisch als Pflichtfach eingeführt ...

... Romane und Gedichte, die von Hand zu Hand gingen, auf grauem Papier, schlecht gesetzt, lange verbotene Autoren ...

Oder die Konzerte in den halb zerstörten Wohnungen? Oder die Theater, ungeheizt, Stätten der leidenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Tod, mit dem Leben, selten genug schon mit der eigenen Zeit, mit der eigenen oder der kollektiven Schuld.

Damals, als die Nachrichten sich verdichteten: Hiroshima und Auschwitz und Majdanek und Treblinka und Buchenwald und Dachau, und - hinter der Hand geflüstert: Workuta, aber auch Bautzen – damals war Fidelio noch Trost. Es kommt auf uns an, sagten wir, auf jeden von uns. Und das war unsere Hoffnung. ...<<

CSR: Dr. Karel Kacl schreibt im Jahre 1945 in der tschechoslowakischen Zeitschrift "Svobodny zitrek" - "Freie Zukunft" - über die Vertreibung der Deutschen (x154/8-9): >>Wir sind ein Nationalstaat. In der Tschechoslowakischen Republik wird es keine anderen Staatsbürger geben als die, welche tschechische oder slowakische Nationalität haben. Es wird auch keine anderen slawischen Nationalitäten geben. Die Karpatoukraine gehört nicht mehr zum tschechoslowakischen Staat, sie ist jetzt da, wo sie hingehört, im Bund der Ostslawen. Damit ist vieles einfacher, und geben wir es ruhig zu, auch schöner geworden. Die Verhältnisse sind jetzt unkompliziert.

Jeder, der kein Tschechoslowake ist und im Guten kommt, ist herzlich willkommen, aber er muß sich gut benehmen, wie ein wirklicher Gast. Wer auf Dauer bleiben will, muß sich der heimischen Bevölkerung anpassen, sich assimilieren. So wird es auf der ganzen Welt gehandhabt. In Amerika anglisieren unsere Auswanderer auch ihre Namen, in Rußland treten sie der orthodoxen Kirche bei und übernehmen auch die russische Lebensart. All das müssen wir hier bei uns auch konsequent durchsetzen. ...

Wir haben uns politisch befreit - wir werden uns auch wirtschaftlich befreien und ebenso von der Schande befreien, die uns während der Okkupation zugefügt worden ist. Wir werden uns von allem befreien, was uns an die Zeit unserer Sklaverei erinnert. Dies beinhaltet sowohl Personennamen, als auch Orts-, Burg- und Bergnamen. Das ist genauso wichtig wie alles andere. Im Hinblick auf die Zukunft ist es sogar wichtiger. Unser Präsident rief in seiner Rede in Tabor nach der Befreiung und er wußte bestimmt warum. Sie wird genauso gründlich durchgeführt wie die Aussiedlung der Deutschen. ...<<

UdSSR: Fritz R. berichtet später über ein Erlebnis in einem Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion im Jahre 1945: >>Neben mir lag ein alter Mann, der erst vor wenigen Wochen den Soldatenrock angezogen hatte, dann mit uns in Gefangenschaft geriet und nun als "Soldat der Wiedergutmachung" die Schäden beseitigen helfen sollte, die der Krieg dem fremden Lande zugefügt hatte.

Der Hunger hatte des Mannes Körper in wenigen Tagen zernagt. Ein blinder Glast lag in seinen Augen, die in ihren tiefen Höhlen schmerzlich anzusehen waren. Die welke, gläserne Haut weckte sofort die Gewißheit, daß er nicht mehr lange mit uns gehen könne.

Still und teilnahmslos lag er auf seinem Platz. Seine Hände, die weiß und fremd aus den zerschissenen und schmierigen Kleidungsstücken hervorkamen, hielten krampfhaft ein Buch umklammert.

Es war klein, teilweise zerrissen, - es mußte unendlich viel Mühe gekostet haben, dieses Buch bis ins Lager zu bringen. Wie oft waren wir durchsucht, untersucht und wie wir sagten "ge-

filzt" worden. Jedes Stück Papier, die geringste Kleinigkeit, wanderte dann immer durch viele Hände zu einem fremden Besitzer. Trotzdem hatte mein Nebenmann dieses Buch behalten. Zuweilen hielt er es dicht vor seinen Augen. Einmal zupfte ich an seinem Arm. Als er sich zu mir wendete, fragte ich nach dem Inhalt des Buches. Nachdem er sich vergewissert hatte, daß niemand unserem Gespräch lauschen könne, zeigte er das Titelblatt seines Buches. Wenn ich heute die Augen schließe und an diesen Augenblick denke, kann ich noch deutlich lesen: "Mustersammlung deutscher Gedichte von Ernst Keller, Berlin, 1869". ... Mein Nachbar lächelte, und mir war, als sei ein ferner Glanz in seine Augen gekommen. Mit eigentümlichen Bewegungen nahm er das Buch wieder in seine hellen, fast durchsichtigen Hände, schlug es auf, um darin zu lesen. Jede Faser seines nur noch kleinen Lebens lebte noch einmal glücklich auf. Als ich mich eine Zeitspanne später zu ihm drehte, war er eingeschlafen, und er hatte den Zeigefinger der rechten Hand zwischen die Seiten des Buches geschoben. Im Raum, in der Enge von vier Barackenwänden und 40 hungrig eingeschlafenen Menschleibern, war es still geworden. Als wir am frühen morgen unsanft mit Stöcken und Geschrei geweckt wurden, strahlte die feurige Morgensonne, der wir im Osten so nah waren ... Ich schaute zu meinem Nebenmann, - doch er rührte sich nicht mehr. Seine weitgeöffneten Augen waren auf sein Buch gerichtet, daß er zwischen den steifen und kalten Fingern hielt. Ich kannte nicht einmal seinen Namen und mußte ihm doch die Augen schließen. ... Behutsam nahm ich ihm das Buch aus den Händen und las ... (die aufgeschlagene Seite): "... Die Welt ist weggegeben, der Herbst, die Jagd, der Markt ist nicht mehr mein. Willst du in meinem Himmel mit mir leben, so oft du kommst, er soll dir offen sein!" ...<<

Anstatt eines Schlußwortes

Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, worin dein Fehler besteht.

Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso scheiterte der militärische Putschversuch ("Operation Walküre") vom 20. Juli 1944?

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über den "Zwanzigsten Juli 1944" (x051/661-662): >>Zwanzigster Juli (1944), Tag des gescheiterten Attentats auf Hitler im Führerhauptquartier bei Rastenburg (Ostpreußen).

Nach mehreren vergeblichen Anläufen im Herbst 38, Winter 39/40 und 43 verdichteten sich unter der tatkräftigen Koordination und generalstabsmäßigen Planung durch Oberstleutnant i.G. Stauffenberg (ab 1.7.44 Oberst und Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, in Berlin) ab Herbst 43 die Vorbereitungen höherer Militärs, ehemaliger Politiker, Gewerkschaftler und Diplomaten zum Staatsstreich. Der Entschluß zum aktiven Widerstand wurzelte in der politisch-moralischen Ablehnung der deutschen Kriegführung und Besatzungspolitik besonders im Osten und der Behandlung der Juden, in Zweifeln an der Führungsqualität Hitlers und im Bewußtsein der Kriegswende.

V.a. die Militärs standen vor dem Dilemma, bei Gelingen eines Staatsstreiches nach innen dem Volk die drohende Niederlage und den Bankrott des Regimes überzeugend demonstrieren und zugleich nach außen noch ausreichend Spielraum für einen ehrenvollen Waffenstillstand trotz der alliierten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation verteidigen zu müssen. Sie riskierten sogar bewußt eine neue "Dolchstoßlegende".

Unmittelbares Ziel der Verschwörer waren Beseitigung Hitlers, Übernahme der Gewalt im Reich durch die Wehrmacht nach Auslösung des Befehls "Walküre", Festsetzung der Staats-, Partei-, SS-, SD- und Gestapoführung, Wiederherstellung von Recht und Freiheit, Unterstellung der KZ unter eigene Hoheit, Einsetzung einer vorläufigen Staatsgewalt (Reichsverweser L. Beck, Reichskanzler Goerdeler, Vizekanzler Leuschner, Innenminister Leber, Außenminister Hassell, Oberbefehlshaber der Wehrmacht Generalfeldmarschall Witzleben) und sofortige Einleitung von Sonderfriedensverhandlungen im Westen.

Die frühe Zerschlagung von Widerstandszentren durch die Gestapo (Januar 44 Verhaftung Moltkes als Führer des Kreisauer Kreises, Februar 44 Entmachtung Canaris' als Chef der Abwehr), die steckbriefliche Enttarnung Goerdelers am 18.7.44 und die Verhaftung von Leber und Reichwein sowie die dramatisch schnelle Einengung des deutschen militärisch-politischen Handlungsspielraums nach der alliierten Landung in der Normandie (6.6.44) und dem sowjetischen Durchbruch an der mittleren Ostfront zwangen die Verschwörer nach zwei Aufschüben am 11. und 15.7. schließlich am 20.7. zum Losschlagen.

Dabei übernahm Stauffenberg die überaus schwierige Doppelrolle als Attentäter und Leiter des Staatsstreiches in Berlin. Widrige Umstände im Führerhauptquartier (Lagebesprechung in einer Holzbaracke, statt wie üblich in einem Bunker, ungünstige Plazierung der Aktentasche mit der Zeitzünderbombe) führten dazu, daß Hitler das Attentat nur leicht verletzt überlebte und die von General Fellgiebel verordnete Nachrichtensperre zu schnell aufgehoben wurde. Dies hatte verhängnisvolle Folgen für die Berliner Leitzentrale des Staatsstreiches im Gebäude des OKH in der Bendlerstraße (heute Stauffenbergstraße).

Hier lag die Initiative bei Witzleben, Generaloberst Hoepner, General Olbricht (Chef des Heeresamtes) und nach seiner Rückkehr aus Rastenburg (Abflug 13.15, Ankunft Berlin 15.45 Uhr) v.a. bei Stauffenberg. Er war überzeugt, Hitler getötet zu haben, obwohl er die Baracke

wenige Minuten vor der Detonation verlassen hatte.

Nach Ausgabe des Stichworts "Walküre" um 16 Uhr formierten sich jedoch auf die Nachricht vom Überleben Hitlers regimetreue Gegenkräfte um das Berliner Wachbataillon unter Major Remer und unter der Initiative von Keitel.

Gegen 23 Uhr war der Putsch in Berlin gescheitert; Stauffenberg, Olbricht, Oberleutnant W. v. Haefen und Oberst Mertz v. Quirnheim wurden noch in der gleichen Nacht "standgerichtlich" erschossen; auch Beck wurde nach vergeblichem Selbstmordversuch getötet. Zeitweilig erfolgreich war der Staatsstreich lediglich in Paris (unter dem einsatzfreudigen Militärbefehlshaber Frankreichs, General Stülpnagel), Wien, Prag, Kassel und Frankfurt verlaufen.

Der Blutjustiz des Volksgerichtshofs fielen in den Monaten nach dem Zwanzigsten Juli etwa 200 Verschwörer zum Opfer, etwa 7.000 wurden verhaftet.

Die Gründe für das Scheitern des Zwanzigsten Juli sind vielfältig: V.a. zählt dazu die Tatsache, daß Hitler überlebte und sich keine profilierten Frontkommandeure mit ihren Truppen zur Verfügung stellten; auch ein gewisses Zaudern vieler Verschwörer in Berlin, die Überforderung Stauffenbergs durch seine Doppelfunktion, die Nichtbesetzung des Rundfunks, das Mißlingen der Festnahme von Goebbels und die zu frühe Aufhebung der Nachrichtensperre über Rastenburg dürften eine wichtige Rolle gespielt haben.

Der Zwanzigste Juli hat trotz seines Scheiterns durch den hohen Mut seiner Opfer und ihre moralische Integrität ein bis in unsere Gegenwart fortwirkendes Zeugnis für das "andere Deutschland" hinterlassen: "Es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat" (Tresckow).<<

2. Weshalb mußte die Verwirklichung der Grundideen des Morgentau-Plans zwangsläufig zum Untergang Deutschlands führen?

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Verwirklichung von Teilen des "Morgenthau-Plans" (x028/152-153): >>... Und wenn auch manche der schlimmsten Punkte des "Morgenthau-Plans" beiseite geschoben wurden, war die Potsdamer Regelung teilweise sogar noch härter.

So war Morgenthau davon ausgegangen, daß Polen, "den Teil Ostpreußens, der nicht an die UdSSR geht, und den südlichen Teil Schlesiens" erhalten solle; es war keine Rede davon, Polen - nicht einmal zur "provisorischen Verwaltung" – irgendeinen Teil der Provinzen Pommern und Brandenburg oder den nördlichen Teil Schlesiens zu überlassen. Die Flüsse Oder und Neiße wurden in dem Plan niemals als Westgrenzen Polens genannt.

Doch trotz solcher einzelner Abweichungen hatten Morgenthau-Plan und Potsdamer Protokoll einen entscheidenden gemeinsamen Hintergrund: Im Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen stand die paradoxe Politik, aus Deutschland ein Agrarland zu machen, während man ihm zu gleicher Zeit seine wertvollsten Agrargebiete raubte und die Einheimischen in den übervollen Rumpf verbannte, der nach den Niederlanden und Belgien die größte Bevölkerungsdichte in Europa aufwies.

Selbst das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, das um fast 60 Prozent größer als der Torso von 1945 war, hatte sich nur zu 80 Prozent mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst versorgen können. 1922, nach dem Verlust von mehr als 3 Millionen Hektar Agrarland (Posen, der Korridor, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und ein Teil Oberschlesiens) durch den Versailler Vertrag, waren es nur noch 75 Prozent des Bedarfs, den Deutschland selbst erzeugen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte einen weiteren Verlust von reichlich 4,3 Millionen Hektar Ackerland, so daß Deutschland nur noch 61 Prozent seines Nahrungsbedarfs produzieren konnte.

Wie also sollte es jemals zu einem Agrarstaat werden, den sowohl der Morgenthau-Plan wie auch Punkt 13 von Artikel III des Potsdamer Protokolls anvisierten? Jedem Amateur –

Nationalökonom mußte es einleuchten, daß Restdeutschland sich nicht selbst ernähren, geschweige denn Nahrungsmittel exportieren konnte. Andererseits mußte natürlich exportiert werden, damit ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung eingekauft werden konnte. Aber was konnte Deutschland exportieren?

Ähnlich wie in Großbritannien war Kohle der einzige Bodenschatz von Bedeutung, hatte bisher aber den eigenen Bedarf gedeckt; selbst wenn ein Überschuß an Kohle ausgeführt werden konnte, hätte es nicht die notwendige Einfuhr aufwiegen können.

Mitteleuropas Wirtschaftssituation brachte es mit sich, daß Deutschland nur als industrieller Produzent überleben, sonst aber verhungern mußte. Die Alliierten selbst hatten, als sie ihm ein Viertel des kultivierten Bodens entrissen, unabsichtlich eine Lage geschaffen, in der Deutschlands Existenz noch stärker als vor dem Krieg von der Industrialisierung abhing. ...<<

3. Warum unternahmen die maßgeblichen NS-Führer 1944/45 fast nichts, um die wehrlosen ostdeutsche Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen?

Hitler hatte schon im Jahre 1934 sein "NS-Vernichtungsprogramm" angekündigt (x066/77): >>... Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein.

Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<

Hitler-Rede vom 27. November 1941 (x073/207): >>... Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug ist, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. ...

Ich werde dann dem deutschen Volk keine Träne nachweinen.<<

Hitler sagte während einer Gauleitertagung am 7. Februar 1943 (x085/42): >>... Würde das deutsche Volk einmal versagen, so verdient es nichts anderes, als von einem stärkeren Volke ausgelöscht zu werden, dann könnte man mit ihm auch kein Mitleid haben.

Deutschland stehe vor der Alternative, entweder der Herr Europas zu werden oder eine gänzliche Liquidierung und Ausrottung zu erleben.<<

Am 20. November 1943 verkündete Hitler in Breslau (x033/427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewinnt, kommt die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. Bei diesem Krieg handelt es sich um ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt: DAS VOLK, DAS VERLIERT, BEENDET SEIN DASEIN!<<

Im August 1944 drohte Hitler während einer Gauleitertagung (x066/77): >>... Sollte das deutsche Volk in diesem Ringen besiegt werden, dann war es zu schwach, die Prüfung der Geschichte zu bestehen, und nur der Vernichtung würdig.<<

Der "Führer" verfolgte spätestens ab 1944/45 nur noch ein Hauptziel. Er wollte das deutsche Volk mit allen Mitteln auslöschen (x030/179).

Hitler äußerte Ende 1944 gegenüber Generaloberst Guderian (x076/261): >>... Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar.

Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft.

Was nach dem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.<<

Nach Hitlers Weisung vom 28. Februar 1945 sollte man auch Frauen und Mädchen an der Kampffront einsetzen (x053/122): >>Ob Mädchen oder Frauen, ist ganz wurscht: Eingesetzt muß alles werden. ...<<

Hitler plante damals außerdem die Vernichtung der jüngeren Generationen des deutschen Volkes (x076/262): >>... DAS SAATKORN SOLL MIT VERMAHLEN WERDEN! ...<<

4. Wieso ereigneten sich während der Flucht der Ost- und Volksdeutschen zahllose Katastrophen?

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski schrieb später über die Flucht der Ost- und Volksdeutschen 1944/45 (x039/66-67): >>... Was auf der Flucht geschah ist von Deutschen zu verantworten. Das begann schon mit dem Zeitpunkt der Flucht. Hätte die deutsche Führung die Flucht früher zugelassen, Frauen mit Kleinkindern und alte Leute schon Weihnachten 1944 in den Westen geschickt, wäre das Unglück in Grenzen geblieben. Die Hinhaltenaktik der deutschen Führung hat die Leiden der Zivilbevölkerung erheblich vergrößert.

Oft blieb die Flucht bis zum letzten Augenblick verboten; nicht wenige Trecks zogen entgegen dem ausdrücklichen Verbot der Behörden los. Es war keine Seltenheit, daß Flüchtlingstrecks in das Niemandsland zwischen die Fronten gerieten, weil sie zu spät aufgebrochen waren. Offensichtlich sollte die Zivilbevölkerung in Frontnähe gehalten werden, um zur Stabilisierung der Front beizutragen. Man erwartete eine größere Kampfbereitschaft der Soldaten, wenn es nicht um menschenleere Höfe ging, sondern um Frauen und Kinder. Die Verzögerungstaktik führte dazu, daß die Flucht in den tiefsten Winter fiel.

An den Straßen standen Kinderwagen mit steifgefrorenen Säuglingen. Die verschneiten Felder gaben für Menschen und Tier keine Nahrung her. Endlose Rinderherden zogen brüllend über den Schnee – hinter ihnen die schwarzen Punkte der verendeten Tiere. Da die Nebenstraßen unpassierbar waren, mußte der Flüchtlingsstrom auf die Hauptstraßen, traf dort mit Militärkolonnen zusammen, geriet unter Bomben und Tieffliegerbeschuß. In den Chausseebäumen hing Bettzeug und Wäsche, im Straßengraben lagen die Reste zerrissener Pferde. ...

... Viele glaubten bis zuletzt, als der Kanonendonner schon hörbar war, an den Endsieg. Den Krieg in der Nähe ihres Heimatdorfes hielten sie für einen vorübergehenden Einbruch.

Der rührende Glaube es würde wieder zurückgehen, das Heimatdorf werde freiekämpft, war so verbreitet, daß es vielfach zu einer Flucht auf Raten kam. Die Flüchtlinge von der Grenze zogen 100 Kilometer ins Binnenland und warteten ab. Kam die Front näher zogen sie weiter, nun begleitet von denen, die ihnen Unterkunft gewährt hatten. So schwoll der Strom an, eine Riesenwelle wälzte sich vor der Front her.

Viele Flüchtlinge, die schließlich doch in die Mühlen des Krieges gerieten, wären unbehelligt durchgekommen, wenn sie die einmal begonnene Flucht nicht immer wieder unterbrochen hätten, weil sie auf die Rückkehr hofften.

Die rührende Anhänglichkeit der Bevölkerung im Osten an die vertraute Umgebung, an die zurückgelassenen Tiere, die Gebäude und Felder, ja sogar an die Friedhöfe, hat viel zu diesem Zögern beigetragen. Wir können uns heute kaum noch vorstellen, was es für die seßhafte Bevölkerung des Ostens bedeutet hat, auf die Flucht zu gehen. Viele dieser Menschen kannten nur den eigenen Ort und die Kreisstadt ...

... Die einen traf es unterwegs, weil die russischen Panzer schneller waren als die Flüchtlingswagen. Andere wurden zu Hause von der Front erreicht, weil sie nicht auf die Flucht gegangen waren. Die meisten flüchteten zwar, aber gelegentlich ist es auch vorgekommen, daß einzelne Familien oder die Bewohner ganzer Dörfer zu Hause blieben. ...

Einige wollten wohl flüchten, wurden aber überrascht, kamen nicht mehr rechtzeitig davon. Andere blieben aus freiem Entschluß. Ältere Menschen fühlten sich den Strapazen einer Winterflucht nicht gewachsen. Einige blieben aus Gottvertrauen, weil sie meinten, Beten helfe

mehr als Fliehen. Oder man hatte ein gutes Gewissen: Ich habe nichts Böses getan, was kann mir schon passieren?

Das war die Denkweise einfacher Menschen, die in ihren Häusern den Krieg abwarteten. Oft ließen sich gerade diejenigen, die schon immer Gegner des Nazi-Regimes gewesen waren, von dieser Denkweise verführen. Ihre Skepsis gegenüber den Parolen der NS-Propaganda führte dazu, daß sie auch die Furcht der deutschen Zivilbevölkerung vor der Roten Armee für maßlos übertrieben hielten. Auch war man sich keiner Schuld bewußt. Gerade im Osten hatte die einfache Bevölkerung von den Verbrechen der Deutschen kaum eine Ahnung. Bis zum bitteren Ende glaubten diese Menschen, auf der guten Seite zu stehen.

Je weiter östlich die Dörfer lagen, desto furchtbarer waren die Folgen für die zurückgebliebenen Bewohner. Es ist keine Übertreibung, wenn behauptet wird, daß es in einigen dieser Dörfer nach dem Durchzug der Roten Armee mehr Tote als Lebende gab. ...<<

5. Weshalb ließ Stalin die sowjetischen Soldaten der Roten Armee von 1941 bis 1945 systematisch gegen die Deutschen aufhetzen?

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Haßkampagne (x046/282-286,328): >>... Es war ... durchaus nicht etwa so, daß, wie in Fortführung der Sowjetpropaganda auch heute noch kolportiert wird, die Sowjetsoldaten von vornherein erfüllt gewesen wären von infernalischen Haß- und Rachegefühlen, sondern solche Gelüste mußten in ihnen systematisch, mit Vorbedacht und kaltem Kalkül erst hervorgerufen werden.

Die Rotarmisten wurden aufgehetzt in ganz bestimmter Absicht. Denn Stalin und die militärische und politische Führung der Roten Armee waren sich sehr wohl des oft mangelnden 'Sowjetpatriotismus' und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit der Sowjetsoldaten bewußt, und da man nicht an die höheren menschlichen Empfindungen appellieren konnte, mußten die niederen Instinkte geweckt werden, um ein maximales Maß an Kampfanstrengungen zu erzielen.

Die "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion" macht keinen Hehl daraus, "daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt". Aus diesem Grunde sei es eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit, der Kommandeure und Politarbeiter gewesen, die Sowjetsoldaten zu einem "glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten" zu erziehen. Und zu diesem Ziel waren denn auch die verwerflichsten Mittel recht. ...

Dem Eindringen der Truppen der Roten Armee in Deutschland war eine "systematische, propagandistische Aufwiegelung" vorausgegangen, "in der der Haß gegen alles Deutsche in einer bisher unvorstellbaren Weise" angefacht werden sollte, wie der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabes des Heeres, Generalmajor Gehlen, nach Analyse der erbeuteten sowjetischen Dokumente am 22. Februar und 23. März 1945 feststellte.

Es war aber nicht nur die Agitation des politischen Apparates, die die Sowjetsoldaten dazu aufrief, grausame Rache zu nehmen. Die militärischen Kommandobehörden standen demselben in keiner Weise nach. Auch von seiten der Stäbe der Fronten und Armeen waren Tagesbefehle ergangen, deren Inhalt allgemein als Aufforderung zum 'Morden und Rauben' ausgelegt und aufgefaßt werden mußte. Der durchschnittliche Rotarmist wurde jedenfalls nicht in Zweifel darüber gelassen, daß er in Deutschland freie Hand haben würde und mit der Zivilbevölkerung und ihrem Besitz nach Belieben umspringen könne. ...

... Die Überschreitung der Reichsgrenze wurde nunmehr zum Anlaß genommen, um die Sowjetsoldaten mit der von der Sache her unzutreffenden Behauptung aufzuputzen, die deutschen Soldaten hätten "das russische Kind gemordet, die Frau, Braut und Schwester vergewaltigt, die Mutter und den Vater erschossen". "Die Qualen der Gemordeten, das Stöhnen der lebendig Begrabenen, die unstillbaren Tränen der Mutter", so der Kriegsrat der 3. Weißrussischen Front in seinem Tagesbefehl, "fordern Euch zu schonungsloser Rache auf. ... Möge der

blutrünstige, verhaßte Feind, der uns so viel Leid und Qualen zugefügt hat, erzittern und in den Strömen seines eigenen schwarzen Blutes ertrinken".

Wenn, wie hier deutlich wird, schon die führenden Kommandobehörden die Begehung von Racheakten jetzt als 'heilige Pflicht' hinstellten, dann war es nicht verwunderlich, daß erst recht die nachgeordneten Befehlsstellen "die sinnlosen Greuel und Zerstörungen nicht nur geduldet, sondern die ihnen unterstellten Truppenteile dazu noch aufgefordert" haben.

So beispielsweise wurde im Auftrage des Divisionskommandeurs, Oberst Eliseev, im 1. Bataillon des Schützenregimentes 557 der 153. Schützendivision zu Anfang Oktober 1944 folgendes bekanntgegeben:

"Wir marschieren nach Ostpreußen. Den Rotarmisten und den Offizieren werden folgende Rechte eingeräumt:

1. Jeden beliebigen Deutschen zu vernichten,
2. Plünderungen des Eigentums,
3. Vergewaltigung der Frauen,
4. Brandschatzung,
5. Die Soldaten der ROA (eine russische Befreiungsarmee) werden nicht gefangengenommen. Jede Patrone ist für sie unnütz. Sie werden erschlagen bzw. mit den Füßen zertrampelt. ..."

Was sich im Herbst 1944 in Ostpreußen an "Übergriffen und bestialischen Greuelthaten" abgespielt hatte, waren auch keine Einzelercheinungen, vielmehr wiederholten sich diese Vorgänge in riesigem Maßstabe in den deutschen Ostprovinzen nach Beginn der sowjetischen Winteroffensive am 13. Januar 1945.

Niemand wird einen Heeres- oder Truppführer tadeln können, wenn er in der zu diesem Zweck immer leicht phrasenhaften Sprache von Tagesbefehlen seine Soldaten vor entscheidenden Kämpfen zu Tapferkeit und unbedingtem Siegeswillen aufruft.

Wenn aber, wie geschehen, der Oberbefehlshaber der 1. Weißrussischen Front, Marshall Shukow, an die niedersten Haß- und Rachegefühle appellierte, wenn er fast unverhüllt und im Wissen darum, zur Begehung von Gewaltakten an der Zivilbevölkerung aufforderte, dann setzte er sich nicht zuletzt auch in Widerspruch zu den Traditionen des russischen Heeres. Gerade ein Vorbild russischen Soldatentums wie der Kaiserlich Russische Feldmarschall Graf Suworov-Rymnikskij ... hatte, so etwa bei Warschau 1794, den Wehrlosen und Besiegten gegenüber immer Großmut und Schonung walten lassen und seine Truppen bei jeder Gelegenheit an die Soldatentugenden erinnert. ...<<

>>... Nach dem Eindringen der Sowjettruppen in das deutsche Reichsgebiet im Oktober 1944 waren es dann nicht nur wehrlose Kriegsgefangene allein, sondern auch deutsche Zivilpersonen, Männer, Frauen und Kinder, die der aufgehetzten Soldateska zum Opfer fielen. Mindestens 120.000 von ihnen sind erschlagen worden, 100.000–200.000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrundegegangen. Mehr als 250.000 Zivilpersonen starben als Arbeitssklaven während oder nach der Deportation in die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken und, unzählige andere, in Königsberg allein 90.000, sind verhungert.

Insgesamt wurde in den späteren 'Vertreibungsgebieten' eine Zahl von 2,2 Millionen 'ungeklärter Fälle' geschätzt, die in ihrer Mehrheit bei weiterer Begriffsauslegung als "Verbrechensopfer", das heißt als Opfer des antideutschen Genozids, anzusehen sind. ...<<

6. Warum unterlag die US-Direktive JCS 1067 (Anweisungen der US-Militärregierung für die Behandlung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges) zunächst der Geheimhaltung?

Die geheime Richtlinie "Direktive JCS 1067" des Oberbefehlshabers der US-Militärregierung in Deutschland vom 26. April 1945 wurde erst am 17. Oktober 1945 veröffentlicht und lautete wie folgt (x156/30-31): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...

Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland

a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.

d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

5. Wirtschaftskontrollen

a) Als Mitglied des Kontrollrats und als Zonenbefehlshaber werden Sie sich von den Grundlagen leiten lassen, daß der deutschen Wirtschaft in dem Maße Kontrollen auferlegt werden können, als erforderlich ist, um die in der vortreffenden Ziffer 4 aufgezählten Ziele zu erreichen und außerdem soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte und zur Sicherheit der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferungen und Dienstleistungen notwendig sind, um Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen, die eine Gefährdung dieser Streitkräfte darstellen würden, vorzubeugen.

Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen. ...

Teil II Wirtschaftliche Angelegenheiten

Allgemeine Ziele und Kontrollmethoden

16. Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaft so verwaltet und kontrolliert wird, daß die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive enthaltenen Hauptziele erreicht werden. ...

Abgesehen von den für diese Zwecke erforderlichen Maßnahmen werden Sie keine Schritte unternehmen, die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnte oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken. ...

b) Im Kontrollrat auf keinen Fall die Errichtung einer zentralisierten Kontrollverwaltung über die deutsche Wirtschaft vorschlagen oder billigen, außer in den Fällen, wo eine solche Zentralisierung der Verwaltung zur Erreichung der in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive aufgeführten Ziele unbedingt notwendig ist. Die Dezentralisierung der Verwaltung darf nicht verhindern, daß im Kontrollrat die weitestgehende Einigkeit über die Wirtschaftspolitik erzielt wird.

...

31. Als weitere Abrüstungsmaßnahme sollte der Kontrollrat

a) vorläufig alle Forschungstätigkeit verbieten und alle Laboratorien, Forschungsinstitute und ähnliche technische Organisationen schließen, mit Ausnahme derer, die zum Schutz der öf-

fentlichen Gesundheit für notwendig gehalten werden;

b) alle diejenigen Laboratorien und ähnliche Institute abschaffen, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine im Zusammenhang stand, und diejenigen Laboratorien vorläufig sicherstellen und ihr Personal in Gewahrsam nehmen, die für ihre technologischen Untersuchungen von Interesse sind, und ihre Einrichtungen danach entfernen oder vernichten

...

32. Bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen den Alliierten über Reparationen und die Kontrolle oder Ausschaltung der für die Kriegsproduktion geeigneten deutschen Industrien soll der Kontrollrat

a) die Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Nichteisenmetallen (ausschließlich Aluminium und Magnesium), Werkzeugmaschinen, Rundfunk- und elektrischen Geräten, Kraftfahrzeugen, schweren Maschinen und wichtigen Ersatzteilen für solche, verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;

b) die Wiederherstellung von Anlagen und Ausrüstungen für solche Industrien verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;

c) die Anlagen und Ausrüstungen dieser Industrien zur Übernahme auf (das) Reparationskonto sicherstellen. ...

36. Sie werden alle Kartelle und sonstigen Geschäftsabmachungen oder kartellähnliche Organisationen verbieten, einschließlich solcher, die öffentlichen oder halböffentlichen Charakter haben, wie zum Beispiel die Wirtschaftsgruppen, die einer Regulierung der Marktverhältnisse, einschließlich der Produktion, der Preise, des exklusiven technischen Erfahrungs- und Verfahrensaustausches und der Zuweisung von Absatzgebieten dienen. Die von diesen Organisationen ausgeübten notwendigen öffentlichen Funktionen sollen so schnell wie möglich von genehmigten öffentlichen Dienststellen übernommen werden.

37. Es ist die Absicht Ihrer Regierung, eine Aufteilung der Besitzrechte und der Kontrollverhältnisse über die deutsche Industrie herbeizuführen. ...<<

7. Wieso führten Polen und Tschechen bereits vor der Potsdamer Konferenz in den grenznahen deutschen Siedlungsgebieten "wilde Austreibungen durch?

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 z.B. über die "wilden Austreibungen" in der Tschechoslowakei (x004/105-115): >>... Das Kaschauer Programm der tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front hatte die Entschlossenheit des neuen Regimes zur Vertreibung aller Sudetendeutschen noch nicht mit voller Deutlichkeit erkennen lassen. Aber alles, was schon gleich nach Kriegsende gegen die Deutschen geplant und durchgeführt wurde, hat ihre Vertreibung, ihren "Abschub" ("odsun") vorbereitet und kann nur so verstanden werden.

Der deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren ist dieser innere Zusammenhang zunächst nicht in voller Klarheit bewußt gewesen; von den diplomatischen Verhandlungen des Exilpräsidenten Benes (Benesch) mit den Alliierten war ihr kaum etwas bekannt, wohl auch nicht auf dem Wege über die sudetendeutschen Sozialdemokraten in London. ...

Einzelne rücksichtslos durchgeführte Austreibungsaktionen in der allerersten Zeit nach Kriegsende konnten als spontane Handlungen radikaler Elemente, begangen im Rausch der wiedererrungenen Freiheit, oder einfach als Exzesse erklärt werden. Aber als diese Aktionen den ganzen Sommer 1945 hindurch andauerten, wurde ihre Planmäßigkeit deutlicher. An ihrer Durchführung war neben den örtlichen Nationalausschüssen, der Revolutionsgarde und der SNB, vor allem die Svoboda-Armee, die mit der Roten Armee eingerückte tschechische Befreiungsarmee unter dem General Svoboda, beteiligt.

... Überfallartig erschienen bewaffnete Trupps in Ortschaften oder Ortsteilen, riegelten sie hermetisch ab und befahlen den Deutschen, innerhalb kurzer Frist die Häuser zu verlassen und sich an bestimmten Punkten zu sammeln. Die Betroffenen hatten vielfach nicht einmal die

Möglichkeit, die notwendigsten Sachen zusammenzupacken und wurden rücksichtslos aus den Wohnungen gedrängt.

In grenznahen Orten und Bezirken oder auch dort, wo keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden sie sofort in Kolonnen auf die Grenze zu in Bewegung gesetzt. Von den begleitenden Soldaten oder Revolutionsgardisten zu schnellerem Tempo angetrieben, schleppten sich die Elendsmärsche, in denen Frauen mit Kleinkindern und alte und gebrechliche Leute überwogen, unter Verhöhnungen durch die tschechische Bevölkerung und Verbot jeder Hilfeleistung deutscher Bewohner in den durchzogenen Ortschaften, unter Gewalttaten der Begleitmannschaften und Androhung sofortiger Exekution der Zurückbleibenden, die wiederholt auch durchgeführt wurde, in oft tagelangen Märschen den Grenzübergangsstellen zu; am bekanntesten wurden die Leidensmärsche der Brüner Deutschen, der Frauen und Greise aus Jägerndorf und der Männer aus Komotau. ...

Das Gepäck war von vornherein begrenzt, da in den meisten Ausweisungsbefehlen nur die Mitnahme von Handgepäck und zu seiner Beförderung nur Handwagen gestattet wurde. ... Schon bei der Überprüfung im Heimatort wurde es durchsucht, später an der Grenze einer "Zollkontrolle" unterworfen und nochmals rigoros verkleinert. Selbst Leibesvisitationen wurden oft in schamlosester Weise, bei Männern und Frauen vorgenommen.

Jenseits der Grenze waren die Ausgetriebenen sich selbst überlassen. Ihr weiteres Schicksal war den Austreibungskommandos gleichgültig, denn sie sahen ihre Aufgabe nur darin, das Land von den Deutschen zu "reinigen", diese mit geringstem Aufwand auf dem kürzestem Wege außer Landes zu schaffen und sich ihrer so rasch wie möglich zu entledigen.

Die aus den Kreisen entlang den schlesischen Gebirgen ausgetriebenen Deutschen wurden davon besonders hart betroffen, denn die Austreibungskommandos versuchten zunächst, die Kolonnen in das polnisch besetzte Schlesien abzuschieben.

Da die Vertriebenen vielfach schon im Grenzstreifen von polnischen Grenzwachposten gestellt und wieder zurückgewiesen wurden, die Tschechen ihnen aber die Rückkehr in die Heimatorte verweigerten, irrten sie dann tage- und wochenlang im Grenzgebiet umher oder schlugen sich unter furchtbaren Entbehrungen und Bedrängnissen in Fußmärschen nach Sachsen durch, wobei viele durch Hunger und Entkräftung zugrunde gingen. Nur wenige konnten in ihre Heimatorte zurückkehren. Diejenigen, die auf schlesisches Gebiet gelangt waren, gerieten in die gleichzeitigen polnischen Austreibungsaktionen. ...

Da aus dem Sudetenland und gleichzeitig aus dem benachbarten Schlesien in kurzer Zeit Hunderttausende Vertriebene nach Sachsen einströmten, ballten sich hier riesige Menschenmassen zusammen, zumal sich noch in diesem Gebiet die Masse der schlesischen Flüchtlinge stautete, die nach Beendigung der Kampfhandlungen zu ihren Heimatorten zurückstrebten und denen polnische Miliz den Übergang über die Lausitzer Neiße in östlicher Richtung verwehrte. ...

Zu gleichen Austreibungsaktionen kam es in den Österreich benachbarten deutschen Sprachgebieten. ... Am berüchtigsten wurde die allgemein als Todesmarsch bezeichnete Austreibung der Brüner Deutschen. Über 20.000 Männer, Frauen und Kinder, die nicht interniert worden waren, wurden ... am 30. Mai zusammengetrieben und zur Grenze nach Österreich in Bewegung gesetzt.

Die Spitze des Zuges gelangte noch am Abend des folgenden Tages auf österreichisches Gebiet. Als dann die österreichischen Grenzposten den weiteren Übertritt verhinderten, brachte man die Masse dieser 20.000 in Getreidesilos und auf freiem Feld in Pohrlitz unter, wo sie nun wochen- und monatelang unter den entsetzlichsten Bedingungen dahinvegetierten.

Die Arbeitsfähigen wurden herausgeholt und in der Landwirtschaft beschäftigt, die Alten, Gebrechlichen und Mütter von Kleinkindern - das war der überwiegende Teil der Ausgetriebenen - blieben zurück. Da insbesondere die hygienischen Voraussetzungen für die Unterbringung

so vieler Menschen fehlte, raffte eine Typhusepidemie Hunderte der vom Hunger und den Entbehrungen entkräfteten Lagerinsassen hinweg.

In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs ging es den ausgetriebenen Sudetendeutschen keineswegs besser als in Sachsen und Brandenburg. Nur allzuoft wurden sie als lästige Eindringlinge empfunden und auch so behandelt. ...

Der Höhepunkt der ersten "wildern" Austreibungsaktionen lag in den Monaten Juni und Juli. ... Oft sind nicht nur örtliche Lebensgemeinschaften, sondern auch Familien auseinandergerissen worden, indem einzelne Familienangehörige als zunächst unentbehrliche Arbeitskräfte zurückgehalten oder zum Arbeitseinsatz in tschechische Gebiete geschafft wurden. ...

Daß es sich bei diesen Austreibungsaktionen sehr oft um planmäßigen Terror handelte, zeigen vor allem die Vorgänge in Saaz und Komotau. Anfang Juni befahl dort die Militärkommandantur allen männlichen Einwohnern im Alter von 13-65 Jahren, sich an bestimmten Plätzen zu sammeln; sie trieb die Saazer nach Postelberg, deportierte einen Teil nach Innerböhmen und wies die anderen in Lager ein, wo sie unter entwürdigenden Verhältnissen bis zur Aussiedlung interniert wurden. Nach einigen Tagen wurden auch die Frauen und Kinder in Arbeits- und Internierungslagern untergebracht. ...

Offenbar dienten diese Aktionen, die auch aus anderen Orten berichtet werden, manchmal nur dem Zweck, die Familien des männlichen Schutzes und der Hilfe zu berauben, um ungestörter plündern und die verängstigten Frauen und Kinder leichter aus den Wohnungen verdrängen zu können, die dann von Tschechen beansprucht wurden. ...

Auch dann noch, als die in Potsdam versammelten Staatsmänner u.a. die Tschechoslowakei aufforderten, die Austreibungen einzustellen, bis der Alliierte Kontrollrat die Empfehlungen für die weitere Behandlung dieser Frage ausgearbeitet hätte, setzte man diese Praktiken fort, die für Zehntausende Sudetendeutsche trostloses Lagerdasein, Zwangsarbeit und völlige Rechtlosigkeit brachten. ...

Im ganzen waren im Verlauf der ersten Austreibungswelle etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei, in erster Linie aus dem Ostsudetenland, den Industriebezirken des Nordsudetenlandes, der Iglauer Sprachinsel, den südmährischen Kreisen und aus Brünn entfernt worden, davon schätzungsweise 150.000 nach Österreich. Zehntausende waren in Lager eingewiesen oder nach Innerböhmen und -mähren zum Arbeitseinsatz verschleppt worden. Die Masse der Deutschen saß aber noch in den Heimatorten.

Sie sah sich auch weiterhin einem unverminderten Druck ausgesetzt, und viele von ihnen zwang der individuelle Terror in den Herbstmonaten zum Verlassen der Heimat. Daneben schoben die Tschechen auch jetzt noch kleinere Transporte vorwiegend mit alten und kranken Leuten über die Grenze ab. ...

Die Austreibungsaktionen von Kriegsende bis in den Spätsommer 1945 scheinen zwar nicht von einer offiziell damit betrauten zentralen Stelle gelenkt worden zu sein wie die spätere organisierte Ausweisung, ihre Durchführung wäre aber ohne die Weisung und das Wissen hoher Regierungsstellen nicht möglich gewesen. Die planmäßige Verwendung der Svoboda-Armee bei den Austreibungen im Regierungsbezirk Aussig und auch die Bereitstellung des umfangreichen Eisenbahnmaterials für den Abtransport von Hunderttausenden sprechen dafür. ...

Die Mahnung zur Mäßigung, die auch Benes in einer Rede in Pilsen am 15. Juni aussprach, war dagegen nicht ein Abrücken von der Austreibung selbst, sondern nur ein Versuch, den vor allem in England laut gewordenen Vorwürfen und Bedenken zu begegnen, damit das Vertreibungsprogramm in seiner Gesamtheit auf der bevorstehenden alliierten Konferenz nicht gefährdet würde.

Der Sanktionierung der bereits begonnenen Vertreibung des gesamten Sudetendeutchtums galten daher alle diplomatischen Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung. Ministerpräsident Fierlinger vergewisserte sich Ende Juni während seines Moskauer Besuchs noch

einmal der sowjetischen Unterstützung für die tschechischen Pläne. In einer Note, die den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion am 3. Juli überreicht wurde, ersuchte die tschechoslowakische Regierung um die Aufnahme des Vertreibungsprogramms in die Tagesordnung der Potsdamer Konferenz und legte den drei Großmächten am 22. Juli einen Plan für die Ausweisung der Deutschen vor.

Die Potsdamer Konferenz hieß dann auch den "Bevölkerungstransfer" aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im ganzen gut, knüpfte daran allerdings die Aufforderung, u.a. auch an die tschechoslowakische Regierung, vorerst weitere Austreibungen aufzuschieben, bis der Kontrollrat das ganze Problem geprüft habe. ... Angesichts des vollen diplomatischen Sieges, den die tschechische Regierung in der Frage des "Odsun" damit grundsätzlich erreicht hatte, kam sie dieser Forderung der Großmächte nach. ...<<

8. Weshalb besiegelte das Potsdamer Abkommen endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa?

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritannien übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen. Es kann kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".

Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Schwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.

Wenn sich die Westmächte dennoch darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war es außer taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der anglo-amerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.

Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.

Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zum Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.

Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufs der künftigen deutsch-polnischen Grenzen bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.

Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht

freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahmen östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.

Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. ...

In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte. ...<<

>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<

9. Warum ließ US-Präsident Truman die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch den Einsatz von Atomwaffen vernichten?

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Trumans Entschluß, die Atombombe gegen Japan einzusetzen (x068/258-260): >>"Die letzte Entscheidung", renommiert er (Truman), "wo und wann die Atombombe einzusetzen war, lag bei mir"; und er ließ keinen Zweifel daran, daß sie "eingesetzt werden müsse". Daß seine "höchsten militärischen Berater" ihm den Einsatz empfohlen haben, war zumindest teilweise gelogen. Denn gerade Trumans Stabschef, Admiral Leahy, hielt die neue Waffe für gar keine Bombe, nicht einmal für Sprengstoff, sondern für "ein giftiges Ding" und wollte nicht glauben, daß man Kriege dadurch gewinne, "daß man Frauen und Kinder tötet."

"Da wir die Ersten waren, die diese Waffe gebrauchten, glaube ich, daß wir eine ethische Norm adoptiert hatten, die uns wieder zu Barbaren des dunkelsten Mittelalters stempelt", die wieder "in die Zeiten Dschingis Khans zurückversetzen" wird.

Ach, die gute alte Zeit!

Dagegen war Churchill, der Edelmann, so begeistert über die Bombe wie der vormalige Kleinwarenhändler. Ein "Albdruck" war jetzt von ihm gewichen, eröffnete sich ihm doch "die helle und tröstliche (!) Aussicht, ein oder zwei zerschmetternde Schläge könnten den Krieg beenden ... Und noch etwas - wir brauchten die Russen nicht mehr ... Jetzt mußten wir von ihnen keine Gefälligkeit mehr erbitten, ... daß meine amerikanischen Freunde ähnlich dachten,

unterliegt für mich keinem Zweifel. Ob die Atombombe anzuwenden sei oder nicht, darüber wurde überhaupt nicht gesprochen."

Das war für die Edelmänner selbstverständlich. Dem Briten schien es "ein wahres Wunder der Erlösung, falls es uns wirklich gelang, mittels einiger weniger Explosionen" - oh, der Menschenfreund! Der Ausradierer Dresdens und ungezählter anderer deutscher Städte! - "den Krieg zu beenden."

Doch der Abwurf der Atombombe (sprich: "Wunder der Erlösung") war militärisch gar nicht nötig. Und Churchill, der Heuchler, wußte das genau. Berichtet er ja an anderer Stelle seiner Erinnerungen, daß inzwischen "der mörderische Angriff gegen Japan aus der Luft und zur See pausenlos" weitergegangen sei. "Ende Juni hatte die japanische Kriegsflotte praktisch zu bestehen aufgehört. Auf den japanischen Inseln selber herrschte solches Chaos, daß das Leben beinahe stillstand."

Warum also mußte man dann noch, mit priesterlichem Segen natürlich, Hunderttausende von Menschen in Hiroshima und Nagasaki töten? Zumal Churchill gut genug wußte, daß in Japan wieder Prinz Konoye regierte, der den Frieden wünschte. Und natürlich wußte auch Truman, wie er selbst zugibt, "daß Fürst Konoye im Auftrag des Kaisers von Japan zur Vermeidung weiteren Blutvergießens die Vermittlung Rußlands zur Beendigung des Krieges anrufen wollte."

So verlor Truman keine Zeit mehr. Bereits zehn Tage nach Zündung der "Bombe" am 26. Juli forderte er von Japan ultimativ die bedingungslose Kapitulation. Denn der vorbildliche Familienvater, tiefgläubige Christ, der Mann, der beklagte, daß es "nicht genug Christen" gebe, daß ein "erheblicher Mangel" bestehe "an christlicher Barmherzigkeit", war unbedingt darauf aus, die Atombombe zu werfen. Doch geschah dies nicht, wie immer wieder behauptet wird, zur Beendigung des Krieges. Es geschah viel weniger aus militärischen als aus politischen Gründen.

Es sollte das Eingreifen der Russen in Ostasien verhindern, das in Jalta abgesprochen, jetzt aber nicht mehr erwünscht war. Es sollte den Russen, zwei Tage vor ihrem Einmarsch in die Mandschurei, demonstrieren, daß die Zusammenarbeit und Freundschaft mit ihnen zu Ende sei und die amerikanische Vorherrschaft auch im gesamten pazifischen Gebiet beginne, in der gesamten Welt.

Die Aktion stand somit im Dienst der bereits anti-russischen US-Politik. Sie signalisierte den Sowjets die militärische Überlegenheit des bisherigen Bundesgenossen und kommenden Gegners. Die Russen sollten dadurch überrascht werden, aber auch die Japaner. Denn nirgends wurde in dem - mit russischem Einverständnis - gestellten Ultimatum mit der Atombombe gedroht. Nur ganz allgemein abgefaßt, sollte es sowohl das Überraschungsmoment gegenüber den Russen sichern als auch eine japanische Zustimmung verhindern. Die Bombe sollte nach Trumans Willen fallen.

Und so fiel sie: die erste Bombe am 6. August auf Hiroshima, die zweite am 9. August auf Nagasaki. Mehr hatte Mr. Truman nicht - sonst hätte er vielleicht noch mehr fallen lassen. Denn man muß zeigen, was man hat, muß zeigen, wer der starke Mann, der stärkste ist, wer Hunderttausende von Frauen und Kindern auf die qualvollste Weise krepieren lassen kann.

Und hätte Hitler nicht auch die Bombe geworfen, irgendwohin auf England? Und Roosevelt, ließ er sie zu einem anderen Zweck bauen? Und Churchill, der tausendmal Einverständene? Wirklich, hätte er nicht, hälftig mit Truman geteilt, den Friedensnobelpreis verdient?

Denn haben sie Japan damit nicht in die Knie gezwungen? Haben sie Japan nicht blitzschnell befriedet - nur zu seinem Vorteil, wie man heute sieht, und natürlich auch zu ihrem? Hitler, den Besiegten, darf man Bluthund schimpfen. Und Stalin, den Bolschewisten.

Doch auch die Sieger, dies steht fest, werden einmal die Besiegten sein - und vielleicht schon früher, als sie heute glauben.<<

10. Wieso wurden die Lebensgrundlagen der Ost- und Volksdeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges systematisch zerstört?

Der schweizerische Journalist Robert Jungk (1913-1994) berichtete am 15. November 1945 in der "Züricher Weltwoche" unter der Überschrift "Aus einem Totenland" über die katastrophalen Verhältnisse östlich der Oder und Neiße (x024/133-139): >>... Es gibt heute in Europa

nicht nur einen Eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite Eiserner Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiß, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen.

Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder- und Neißelinie lehnt, überquert hat, wird bestätigen, daß dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte und russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von außen. Denn hinter der Oder-Neiße-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland.

Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmäßig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt.

Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute aber ist es so, daß die Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Übergriffen der Polen zu finden.

Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Gebiet gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leergeplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde unbestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtlingen die letzte Habe rauben.

All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sich leicht und tue es als "Greuelpropaganda" ab. Zu oft schon hat man in den Jahren dem unvorstellbaren Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mußten, sie als "Lügen" oder "Propaganda" abgetan.

Es ist wahr, daß in dem Orte G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden.

Es ist wahr, daß auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmäßig derart ausgeraubt werden, daß die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen.

Es ist wahr, daß in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mußten oder erschlagen wurden.

Es ist wahr, daß in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als "Behandlung" einfach einen Kopfschuß erhalten.

Und es ist wahr, daß eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht.

Es ist wahr, daß in den sogenannten Arbeitslagern Sownowice und Centoschlowitz Insassen nächtelang bis zum Hals in eiskaltem Wasser stehen müssen und daß man sie bis zur Bewußtlosigkeit schlägt.

Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: Diese Welle barbarischer Mißhandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der "großen Drei", das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern!

Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an

die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, hatten die Großmächte veranlaßt, der polnischen und tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Österreich geht jetzt in geordneter, wenn irgend möglich menschlicher Weise vor sich.

Anders in Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum "freiwilligen" Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen.

Das verhältnismäßig noch mildeste Mittel, das die neuangesetzten polnischen Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15.000 deutschen Einwohner nur 7.000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8.000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeitlang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder – die "freiwillige" Wanderung nach dem Westen.

Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Nur die Polen und diejenigen Deutschen, die für die Stadtverwaltung arbeiten, erhalten etwas Nahrung. Die anderen müssen versuchen, sich so gut zu behelfen, wie es eben geht. Auch ihnen steht der "schwarze Markt" offen. Wollen sie dort aber mit ihren Ersparnissen in Mark kaufen, so erhalten sie nichts, da die Polen alle Markwährung entschädigungslos als verfallen erklärt haben und nur der polnische Zloty Gültigkeit hat.

Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen.

Daß die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wunder nehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten, geben ganz offen zu, daß sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch die Deportation hatte erreicht werden sollen.

Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muß stündlich und täglich Gewaltattacken auf Gut und Leben erwarten, ohne daß ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre.

Daß bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mußten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, daß Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähten, gerettet zu sein, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde. Zu allem kommen noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die großen Plakate mit den in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort: Typhus!

Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. Aber es ist ein "Waldbrand", dem sich keine Feuerwehrleute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: "In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder".

Der Sekretär der "Caritas" in Str. berichtet, daß auch seine Medikamente zur Neige gehen.

"Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert."

Die "Lösung" in vielen Fällen ist nun, daß man infizierte Ortschaften, wie einst im Mittelalter die Peststädte, vollständig isoliert. Ihre Bewohner dürfen über den Umkreis des verpesteten Dorfes nicht hinaus oder müssen riskieren, erschossen zu werden. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt.

"Da muß doch etwas getan werden ..." Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teil Deutschlands sich zu einer immer furchtbareren Katastrophe entwickeln sieht.

Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Großmächte unterstellt wird. Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre "Zone" im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren.

Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Mißhandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, daß nicht alles korrekt zugegangen sei!

Wenn etwas für das "Totenland" jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, daß die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind und daran denken, den von Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen. Denn die Russen können es sich nicht leisten, daß ihr Nachschub aus dem Osten und ihre Verkehrsverbindungen mit der Heimat durch die chaotischen Zustände in der polnischen Zone gefährdet werden. Sie sind zudem der Ansicht, daß der größere Teil der Kritik an der heute in aller Welt so stark angefeindeten Politik in den deutschen Ostgebieten weniger an ihre Adresse als an die der Polen zu richten sei.

Ob es allerdings ganz ohne Schwierigkeiten gehen wird, "machine arrière" ("einen Rückzieher") zu machen, ist eine andere Frage. "Weiße" und "rote" Polen, die sonst heftig gegeneinander intrigieren, sind sich doch in dem Punkte einig, daß die neu besetzten deutschen Gebiete polnisch bleiben sollen. Die schon seit Wochen bestehende polnisch-russische Spannung, die in Ostpreußen sogar bereits zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hat, würde durch einen offenen Konflikt über die Frage der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten kritisch verschärft werden.

Zweifelloos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im "Totenland" beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, soviel wir wissen, zum ersten Mal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als "nur" um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifaschistischen Bewegung in der Welt.

Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter großen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, daß ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenutzt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine große Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes so lange die Augen vor den Greueln des Nazismus verschlossen hätten.

Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen. Auch wir alle werden "mitschuldig" sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.<<

Im Leben ist es besser, zu wollen, was man nicht hat, als zu haben, was man nicht will.

Jonathan Swift (1667-1745, irischer Schriftsteller)